

Matthias Christen
Allmendstrasse 2
6374 Buochs

Alexander Huser
Aumühlestrasse 9b
6373 Ennetbürgen

Kanton Nidwalden
Landratssekretariat
Dorfplatz 2
Postfach 1246
6371 Stans

Stans, 14. November 2025

**Einfaches Auskunftsbegehren von Landrat Matthias Christen und Landrat Alexander Huser zur
Stellungnahme des Kanton Nidwaldens gegenüber dem Bund zum Vertragspaket Schweiz-EU**

Sehr geehrter Frau Landratspräsidentin

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen

Gestützt auf Art. 53 Abs. 6 des Landratsgesetzes reichen wir folgendes Einfaches Auskunftsbegehren ein:

Wir verlangen vom Regierungsrat mündlich Antwort auf folgende Fragen von aktuellem kantonalem Interesse:

1. Wie erklärt der Regierungsrat den Nidwaldner Unternehmen seine ablehnende Haltung – obwohl gerade ein kleiner, exportorientierter Kanton auf verlässlichen Marktzugang, stabile Rahmenbedingungen und eine enge wirtschaftliche Zusammenarbeit mit der EU angewiesen ist?
2. Welche konkreten Vorteile für Nidwalden sieht der Regierungsrat darin, Souveränität über Marktzugang und wirtschaftliche Stabilität zu stellen?
3. Mit welchen konkreten Massnahmen will der Regierungsrat die langfristige Versorgungssicherheit - insbesondere im Energiebereich - gewährleisten, wenn die Schweiz ohne institutionelle Einbindung in den europäischen Binnenmarkt verbleibt?

Begründung

Die ablehnende Stellungnahme des Regierungsrats Nidwalden zum Vertragspaket Schweiz-EU vom 24. Oktober 2025 wirft zentrale Fragen auf, denn sie steht im Widerspruch zu den wirtschaftlichen, energiepolitischen und sicherheitspolitischen Bedürfnissen unseres Kantons. In seiner Argumentation stellt der Regierungsrat Autonomieverlust und Bürokratie in den Vordergrund, während gleichzeitig die lokale Wirtschaft in hohem Mass vom Zugang zum europäischen Binnenmarkt profitiert. Der Wohlstand Nidwaldens basiert auf einer engen Verflechtung mit Europa, sei es durch exportorientierte Unternehmen, durch Zulieferbetriebe, die in internationale Wertschöpfungsketten eingebunden sind, oder durch Fachkräfte, die für unsere KMU und das Gesundheitswesen unverzichtbar sind. Mit einer Ablehnung des Vertragspakets nimmt der Kanton in Kauf, dass bestehende Abkommen erodieren und damit genau jene Stabilität gefährdet wird, auf die unsere Unternehmen angewiesen sind. Die Folgen wären spürbare Wettbewerbsnachteile für die Nidwaldner Wirtschaft, steigende Kosten, ein Verlust an Planungssicherheit und nicht einschätzbare Risiken, die Nidwalden als wirtschaftsstarker, aber kleiner Kanton besonders hart treffen würden.

Weiter verkennt die Regierung aus unserer Sicht die Bedeutung des Stromabkommens. Nidwalden verfügt zwar über eine eigene Stromproduktion, ist jedoch Teil des gesamtschweizerischen Stromnetzes und damit eng mit der europäischen Versorgungssicherheit verflochten. Gerade deshalb halten wir es für entscheidend, dass die Schweiz Zugang zu stabilen europäischen Netzen und verlässlichen Importen hat. Das Abkommen stärkt die Versorgungssicherheit für die Energie, schafft klare Regeln für den grenzüberschreitenden Austausch und reduziert die Gefahr von Netzinstabilitäten oder Versorgungsengpässen in unserem Kanton. Mit der pauschalen Ablehnung dieses Abkommens stellt Nidwalden kurzfristige Bedenken über die langfristige Sicherheit von Bevölkerung und Wirtschaft durch eine nachhaltige, sichere und bezahlbare Energieversorgung. Angesichts der aktuellen und künftigen potenziellen Energiekrisen und Strommangellagen ist eine solche Haltung nicht verständlich. Zumindest wirft sie die obenstehend genannten Fragen von aktuellem kantonalem Interesse auf, welche dem Regierungsrat hiermit zur Beantwortung unterbreitet werden.

Freundliche Grüsse

Matthias Christen

Alexander Huser